

---

## These 5

*Die neue Ostpolitik unter Willy Brandt hat eine der Voraussetzungen für die Einheit geschaffen. In den 1980er Jahren hat die SPD durch Annäherungen an die SED die deutsche Einheit jedoch preisgegeben. Sie hat durch gemeinsame Erklärungen mit der SED die Interessen der DDR-Bevölkerung verachtet und negiert.*

— . — . —

## Das Doppelgesicht der sozialdemokratischen Ostpolitik

Hans Jörg Hennecke

### *I. Das Doppelgesicht der sozialdemokratischen Ostpolitik*

Im Herbst 1989 wurde die SPD von der Weltgeschichte auf dem falschen Fuß erwischt. Ausgerechnet diejenige Partei, die mit so viel Stolz auf die Tradition ihrer Ost- und Deutschlandpolitik blickte, leistete sich im entscheidenden Augenblick eine Kette von spektakulären Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen. Bis zuletzt waren die westdeutschen Sozialdemokraten auf die SED als bevorzugten Dialogpartner fixiert; sichtlich irritiert reagierte die Parteiführung auf die heldenhafte Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR; prominente Repräsentanten der Partei sprachen, als die Bürger auf den Straßen Leipzigs, Ost-Berlins und anderswo nach dem Fall der Mauer längst ihre Forderungen nach einer raschen Wiedervereinigung erhoben, noch mahnend von den Chancen der Teilung und setzten auf das Ideal einer postnationalen

Zweistaatlichkeit. Und als die Wiedervereinigung nach der Volkskammerwahl 1990 nicht mehr aufzuhalten war, traten viele westdeutsche Sozialdemokraten noch dafür ein, wenigstens den Weg nach Artikel 146 des Grundgesetzes zu beschreiten, damit es nicht zu einem bloßen Beitritt der ostdeutschen Länder zum Grundgesetz komme. Nicht nur die geschichtsvergessene „Enkel“-Generation um Oskar Lafontaine, Gerhard Schröder, Walter Momper und Heidemarie Wieczorek-Zeul stellte sich damals konsequent in allen wichtigen Fragen ins historische Abseits, sondern auch der geistige Architekt der sozialliberalen Ost- und Deutschlandpolitik, Egon Bahr.

Mit Blick auf die deutsche Einheit bietet also die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD ein zwiespältiges Bild: einerseits der unbestritten positive Beitrag, den die Kontinuität der Ostpolitik von Willy Brandt bis Helmut Kohl insbesondere für die Klärung der außenpolitischen Aspekte der deutschen Einheit im Jahre 1990 geleistet hat, andererseits die skeptische Haltung zur deutschen Einheit und die historische Unsensibilität, mit der die westdeutsche SPD des Jahres 1989/90 von sich reden machte. Dieses paradoxe Bild lässt sich nur verstehen, wenn man einen Kernbestand der Ostpolitik identifiziert, die der außen- und deutschlandpolitischen Staatsräson der Bundesrepublik verpflichtet blieb, und diesen Kernbestand von den Illusionen, Gefahren und Verirrungen unterscheidet, die in gewisser Hinsicht bereits von Beginn an in der sozialliberalen Ostpolitik angelegt waren, aber vor allem seit den späten 1970er Jahren in der Sozialdemokratie zum Durchbruch kam.

## *II. Erfolge und Grenzen der Ostpolitik*

Dass eine aktivere und elastischere Ost- und Deutschlandpolitik geboten war, zeichnete sich aus einer ganzen Reihe von Gründen im Laufe der 1960er Jahre ab. Zum einen musste die Bundesrepublik nach der buchstäblichen Zementierung der deutschen Teilung im August 1961 eine Gesprächsbasis mit Moskau und Ost-Berlin finden, um praktische und humanitäre Probleme, wenn nicht zu lösen, so doch zu lindern. Im Interesse der Bundesrepublik lag es auch, eine flexiblere Haltung gegenüber denjenigen Staaten zu finden, die zu einer Anerkennung der DDR bereit waren. Ein starres Festhalten an der berüchtigten Hallstein-Grewedoktrin hätte auf Dauer den diplomatischen Handlungsspielraum der Bundesrepublik gegenüber den Staaten des Ostblocks und der „blockfreien“ Welt eingeschnürt, ohne dass sie ihren Alleinvertretungsanspruch auf dem internationalen Parkett hätte durchsetzen können. Ohnehin musste die Bundesrepublik sich allmählich damit abfinden, dass es zu einer Entkopplung von deutscher Teilung und Ost-West-Konflikt gekommen war: Die deutsche Teilung wurde längst nicht mehr als vordringlich zu lösendes Problem, sondern als bis auf weiteres unabänderliches Faktum wahrgenommen. In den Jahren zwischen 1968 und 1975, als die schroffe Konfrontationspolitik des Kalten Krieges vorübergehend durch eine Détente-Politik des begrenzten Interessenausgleichs abgelöst wurde, war die Bundesrepublik gut beraten, den Kontext der Entspannungspolitik zur Durchsetzung eigener Interessen, namentlich für eine sicherheitspolitische Stabilisierung in Mitteleuropa und humanitäre Erleichterungen für die Deutschen in der DDR und Osteuropa, zu nutzen. Die Gesamtkonstellation des Ost-West-Konflikts zeichnete, stärker als es die aufgeheizte Debatte der frühen 1970er Jahre nahelegte, sowohl die Notwendigkeit als auch die Grenzen einer neuen Ostpolitik vor.

Es mag gut sein, dass die Motive und Intentionen einiger Protagonisten, die die sozialliberale Ost- und Deutschlandpolitik vorantrieben, über diesen begrenzten Handlungsspielraum einer Ostpolitik, die an der Staatsräson der Bundesrepublik und der Interessenlage des westlichen Bündnisses orientiert blieb, hinauszielten. Ebenso zeigt ein kritischer Blick auf die konkreten Verhandlungsergebnisse, welche zwischen 1970 und 1973 in den Vertragswerken mit Moskau, Ost-Berlin, Warschau und Prag ausgehandelt wurden, dass die sozialliberale Bundesregierung an der einen oder anderen Stelle recht großzügig Zugeständnisse gemacht und im Gegenzug nicht immer verbindliche und belastbare Gegenleistungen erhalten hatte.

Jenseits der berechtigten Kritik an den Intentionen und Ergebnissen der sozialliberalen Ostpolitik muss aber auch deren Beitrag zur Vorgeschichte der deutschen Wiedervereinigung anerkannt werden. Zuallererst war die Ostpolitik in dieser Hinsicht von Bedeutung, weil sie von den Deutschen in der DDR als ein lange vermisstes Signal der Zuwendung, der Hoffnung und des Zusammenhalts empfunden wurde und deshalb eine tiefe psychologische Wirkung entfaltete, die sich 1989 auszahlte. Gleiches galt auch für das Signal der Gesprächsfähigkeit und Glaubwürdigkeit, das die Ostpolitik nach Moskau, Warschau und Prag sandte. Die ostpolitische Kontinuität der Regierungen Brandt, Schmidt und Kohl schuf im Laufe der Jahre viel Vertrauen und untermauerte das Versprechen der Bundesrepublik, die Wiederherstellung der deutschen Einheit in den Kontext der Europäischen Union zu stellen, sich als Fürsprecher für eine zügige Integration der osteuropäischen Staaten in EU und NATO anzubieten und in einem heiklen Balanceakt zugleich ein partnerschaftliches Verhältnis zu Moskau zu wahren. Die Ostpolitik erleichterte die Wiederherstellung der deutschen Einheit, weil sie den östlichen Nachbarländern half, die Erwartungsunsicherheiten über

die Rolle eines wiedervereinigten und vergrößerten Deutschlands abzubauen.

In anderer Hinsicht erwies sich die Ostpolitik allerdings als schiere Illusion: Die deutsche Einheit wurde nicht durch einen „Wandel durch Annäherung“ ermöglicht, sie geschah nicht infolge einer von außen angestoßenen Reform des Kommunismus, und sie hing erst recht nicht davon ab, dass es zuvor zu einer Konvergenz von freier Welt und Kommunismus gekommen wäre. Die Chance zur deutschen Einheit eröffnete sich vielmehr genau in dem Moment, als die kommunistische Ideologie in sich zusammenbrach. Als die Stunde der Wiedervereinigung geschlagen hatte, war es nicht entscheidend, dass man einen guten Draht zur SED-Führung hatte, sondern dass die meisten Menschen in der DDR nach jahrzehntelangem Ertragen einer sozialistischen Diktatur mit all ihrem Mangel und all ihrer Unterdrückung und Gängelung ihre Hoffnungen auf das westliche Modell von Freiheit, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie richteten – und dabei sogar über einige Unzulänglichkeiten und Verschleißerscheinungen der stabilitätsverwöhnten Bundesrepublik hinwegsehen.

### *III. Sozialdemokratische Ostpolitik auf dem Irrweg*

Im Jahre 1990 bestätigte sich also, dass die Westintegration den Kern der Staatsräson der Bundesrepublik ausmachte. Adenauersche Westpolitik und Brandtsche Ostpolitik waren keine gleichwertigen Leitentscheidungen, vielmehr war die oft überschätzte Ostpolitik nur eine Modifikation, mit der nach einem *Modus Vivendi* in einer an sich unerträglichen Situation und nach einer Anpassung an eine veränderte sicherheitspolitische Konstellation gesucht wurde. Ihre Berechtigung als Akzentsetzung der bundesrepublikana-

nischen Außenpolitik und ihr politischer Beitrag zur Wiederherstellung der deutschen Einheit waren gegeben, soweit sie den Primat der Westintegration achtete.

Alles in allem blieb die Ostpolitik der deutschen Bundesregierungen bis 1989/1990 der Staatsräson der Bundesrepublik verpflichtet. Deutschlandpolitisch wurde dies durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 abgesichert, das möglichen Intentionen, aus dem Grundlagenvertrag mit der DDR allmählich einen Verzicht auf die deutsche Einheit abzuleiten, einen Riegel vorschob. Es war zudem von großer Bedeutung, dass seit 1974 mit Helmut Schmidt ein Bundeskanzler amtierte, der sich gegenüber den hochfliegenden ostpolitischen Hoffnungen in der sozialliberalen Koalition immer einen gesunden Realismus bewahrt hatte. Die Regierungen Schmidt und Kohl hielten den Primat der Westbindung hoch und wussten deshalb das Potential der Ostpolitik zu nutzen, ohne ihren Illusionen zu erliegen.

Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD geriet hingegen auf die abschüssige Bahn, als sie im Zuge der Nachrüstungsdebatte ab 1979 den Primat der Westbindung wieder in Frage stellte. Von einem Instrument interessengeleiteter Détente-Politik verkam sie zu einer naiven und moralisch indifferenten Appeasement-Politik, die die Interessen der Menschen in der DDR aus dem Blick verlor. Viele Befürworter der Brandtschen Ostpolitik innerhalb und außerhalb der SPD konnten die außenpolitische Rückbesinnung auf die Westintegration als Fundamentalentscheidung der bundesrepublikanischen Außenpolitik nicht nachvollziehen und gerieten in geistige Opposition zur offiziellen Außenpolitik der Regierungen Schmidt und Kohl.

Hinter dieser Haltung stand eine Verkennung und Unterschätzung der kommunistischen Regimes, die an die Haltung der neutralistischen und pazifistischen Kritiker der Adenauerschen Wiederbewaffnungspolitik der 1950er

Jahre erinnerte. Es machte sich eine Kultur der geflissentlichen Fehleinschätzung und Verharmlosung der DDR und des ganzen Kommunismus breit. Viele bundesrepublikanische Linke gaben sich der Illusion hin, dass der Kommunismus reformfähig sei und dass man durch einen Dialog von außen einen nennenswerten Beitrag zum inneren Wandel seiner Herrschaftspraxis beitragen könne.

Protagonisten und Anhänger der Ostpolitik übersahen daher auf eine gefährliche Weise, dass diplomatische Formeln und Begriffe wie „Sicherheitspartnerschaft“, „Frieden“, „Dialog“ oder „Stabilität“ in Ost und West mit völlig unterschiedlichen Inhalten gedacht wurden. Man jonglierte mit gefälligen Leerformeln, die dazu einluden, den wahren politischen Charakter und die Interessenlage des Ostblocks zu beschönigen. Im vielbeschworenen Dialog mit den kommunistischen Staats- und Parteiführungen war man ängstlich um „Stabilität“ und die Vermeidung von Misshelligkeiten besorgt. Bis in den Herbst 1989 hinein blieben führende Ost- und Deutschlandpolitiker der SPD auf eine altertümlich und weltfremd anmutende Hinterzimmerdiplomatie fixiert, in der die aufbegehrenden Bürger der DDR als Akteure nicht vorgesehen waren. In vielen heiklen Fragen neigte die SPD während der 1980er Jahre zu einer vorauseilenden Leisetreteri. Sie forderte, die Erfassungsstelle für DDR-Unrecht in Salzgitter zu schließen, und zog sich schließlich mit den von ihr geführten Landesregierungen aus deren Finanzierung zurück. Das umstrittene SPD/SED-Papier aus dem Jahre 1987 geriet zu einem Dokument moralischer Indifferenz, das auch innerhalb der aufkeimenden Bürgerrechtsbewegung in der DDR höchst zwiespältig aufgenommen wurde. Der SED-Führung kam die SPD bei der Frage einer Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft immer weiter entgegen. Es fiel dagegen umso deutlicher ins Auge, wie wenig Interesse die Befürworter der Ostpolitik in den 1970er und 1980er Jahren

an Kontakten zu Dissidenten und Bürgerrechtsbewegungen in der DDR hatten.

Die deutsche Einheit verloren die Anhänger der Ostpolitik immer stärker aus dem Blick. Die einen, verkörpert durch Egon Bahr, sahen eine Wiederherstellung der deutschen Einheit als einen Störfaktor bei dem Bemühen um Stabilität und Sicherheit. Nur als Ergebnis eines langwierigen Annäherungsprozesses und des Aufbaus einer europäischen Sicherheits- und Integrationsarchitektur konnten sie sich diese als Fernziel noch vorstellen. Aber aus ihrer Sicht verbot es sich, dieses Ziel noch ernstlich zu thematisieren, weil dies dem scheinbar legitimen Bedürfnis der DDR nach Anerkennung zuwidergelaufen wäre und die gemeinsame Gesprächsbasis mit der SED-Führung gefährdet hätte. Die anderen, verkörpert durch Peter Glotz und die Protagonisten der „Enkel“-Generation, gaben das Ziel der deutschen Einheit gar völlig auf und sahen die Zukunft Deutschlands in einer dauerhaften Zweistaatlichkeit und einer post-nationalen Integration Europas. Die deutsche Teilung wurde von ihnen als historische Konsequenz aus Auschwitz sogar moralisch überhöht und dogmatisiert.

Die Ost- und Deutschlandpolitik, die die deutsche Sozialdemokratie in den Jahren vor 1990 betrieb, war letztlich Ausdruck eines Unbehagens an der Bundesrepublik. Unter dem Eindruck der intellektuellen Achsenverschiebungen, die in den 1970er Jahren erfolgt waren, haderte sie mit den prägenden Leitentscheidungen der Bonner Republik: Statt der Westbindung neigte sie – teils aus machtwergessenem Moralismus, teils aus missverstandener Realpolitik – wieder zu einem Neutralismus zwischen den beiden großen Blöcken, statt des antitotalitären Gründungskonsenses bevorzugte sie ein antifaschistisches und antinationalistisches Selbstverständnis, statt der Ordnungsentscheidung für die Soziale Marktwirtschaft wuchsen die Sympathien für einen demokratischen Sozialismus, und mehr als nach



einem Wandel der DDR und des Kommunismus sehnte sie sich nach einem Wandel der Bundesrepublik. Es war daher nicht das geringste Verdienst Willy Brandts, dass er am Ende eines an Brüchen und Irrtümern reichen Lebensweges wieder zu einem entschlossenen Befürworter der deutschen Einheit wurde und seine widerspenstige und innerlich zerrissene Partei davon abhielt, sich der im Kern alternativen Einigungspolitik der Regierungen Kohl und de Maizière entgegenzustellen.

### *Literatur*

*Dowe, Dieter (Hrsg.):* Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982–1989. Papiere eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. September 1993 in Bonn. – Bonn: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, 1993. – (Gesprächskreis Geschichte; 4).

*Fischer, Frank:* „Im deutschen Interesse“. Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989. – Husum: Matthiesen, 2001. – (Historische Studien; 464).

*Seebacher-Brandt, Brigitte:* Die Linke und die Einheit. – Berlin: Siedler, 1991.

*Sturm, Daniel Friedrich:* Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90. – Bonn: Dietz, 2006. – (Willy-Brandt-Studien; 1).